

UNION IN DEUTSCHLAND

Informationsdienst der Christlich-Demokratischen und Christlich-Sozialen Union Deutschlands
HERAUSGEGEBEN VON BRUNO DÖRPINGHAUS

Deutschland-Union-Dienst (DUD)

Ausgabe für alle Mitarbeiter in der CDU/CSU

Verlag und Redaktion Frankfurt a. M., Bettinastraße 64 - Fernruf 77178/77906/75924

Zahlungen an: Arbeitsgemeinschaft der CDU / CSU Deutschlands auf: Postscheckkonto Frankfurt a. M. Nr. 399 67
Hessische Bank Frankfurt a. M. Nr. 125739; Mitteldeutsche Kreditbank Frankfurt a. M. Nr. 36099

Nr. 50 / 4. Jahrgang

Frankfurt a. M., 1. Juli 1950

Seite 1

A IV c Einfuhr und Ausfuhr

Die deutsche Landwirtschaft im Wettbewerb

Von Bundeslandwirtschaftsminister Prof. Dr. Niklas erhalten wir die folgende Darstellung, die die Situation der deutschen Landwirtschaft im Wettbewerb mit den europäischen Nachbarländern umreißt.

Die deutsche Landwirtschaft hat bis zum 2. Weltkriege größte Fortschritte erzielt und stand durch ihre Erzeugungsleistung mit an der Spitze aller Nationen. Wenn dem so ist, warum fürchtet unsere Landwirtschaft den Wettbewerb der Nachbarländer?

Die Gründe, die es der deutschen Landwirtschaft schwer machen, einen völlig liberalisierten Wettbewerb auszuhalten, sind folgende:

1. Die Kriegsfolgen

Die deutsche Landwirtschaft hat unter den Kriegsfolgen erheblich mehr gelitten als die übrigen Landwirtschaften. Abgesehen von den unmittelbaren Zerstörungen im Westen hatte die in Deutschland besonders straff durchgeführte Zwangswirtschaft bei gleichzeitigem Mangel an künstlichen Düngemitteln, Kraftfutter, Maschinen und Betriebsmitteln zu einer weitgehenden Auspowerung der Betriebe geführt. Dazu kommt die Absaugung jeglichen Kapitals, die die Befriedigung des Nachholbedarfs der Betriebe sehr erschwert, Fortschritte anderer Länder nicht von heute auf morgen aufholen läßt und die Initiative, den Arbeits- und Aufbauwillen auch des fortschrittlichsten Landwirts entscheidend hemmt. Man darf dabei nicht vergessen, daß die Steuerlast, die zur Versorgung der verarmten Massen unserer Kriegsoffer (Vertriebene, Bombengeschädigte, Rentner) der Wirtschaft auferlegt ist, in derselben Richtung wirkt.

2. Betriebsgröße

Im Bundesgebiet beträgt die durchschnittliche Größe des Betriebes nur 6,9 ha landwirtschaftliche Nutzfläche. 8,1% der Betriebe entfallen auf Familienbetriebe. 50% der landwirtschaftlichen Nutzfläche sind zudem zersplitterter Besitz. Die Schwierigkeiten, die sich aus diesen Tatsachen ergeben, erschweren nicht nur die Fachausbildung dieser Kleinbetriebsleiter, die Versorgung des vorhandenen Viehbestandes, die Möglichkeiten technische Hilfsmittel einzusetzen; sie liegen auch in dem Fehlen von Barmitteln, oft auch in ungünstiger Verkehrslage und ungünstigen Absatzverhältnissen besonders in den Gebirgsgebieten.

3. Oberflächengestaltung

Rund ¾ des Bundesgebietes haben Gebirgs- bzw. Mittelgebirgscharakter. Bei den Hang- und Steillagen wird durch die Erosionsgefahr vielfach eine ganz bestimmte Nutzungsform vorgeschrieben, die den leistungsfähigen Ackerbau ausschließt. Die Ausnutzung solcher Gebirgs-lagen wird zudem durch unser Klima mehr erschwert als beispielsweise bei den günstigeren Klimaverhältnissen Frankreichs und Italiens.

4. Die Bodenverhältnisse

Die Bodenverhältnisse weisen gewaltige Unterschiede auf, so daß einheitliche Erzeugungsverhältnisse als Grundlage eines einheitlichen standardisierten Absatzes vielfach nicht vorhanden sind. Bei der überwiegenden Fläche des Bundesgebietes handelt es sich um primäre Verwitterungsböden, die bindig, schwer durchlässig und vielfach sehr flachgründig sind. Die Gebiete mit einem natürlichen Bodenreichtum sind verhältnismäßig eng begrenzt.

5. Klimatische Verhältnisse

Der Einfluß von See- und Kontinentalklima, sowie die wechselnden Höhenlagen ergeben große klimatische Verschiedenheiten. Dies gilt für die Temperatur- und Wachstumszeiten ebenso wie für die Niederschläge und deren Verteilung in den Hauptwachstumsmonaten. Sie bestimmen zu einem großen Teil die Fruchtbarkeit und damit das Anbauverhältnis und die Anbauintensität.

Wenn die einzelnen genannten Faktoren zum Teil nicht so offensichtlich in Erscheinung treten, so erhalten sie ihre entscheidende Bedeutung erst durch das Zusammenwirken mehrerer oder aller Faktoren.

Besondere Schwierigkeiten zeigen sich auf dem Gebiete der landwirtschaftlichen Sonderkulturen wie Weinbau, Gemüse- und Obstbau, die nur in ganz bestimmten Gegenden gedeihen und sich zum Teil auf Böden gründen, die für andere Kulturen nicht verwendbar sind. Wenn diesen Kulturen in den Erzeugnissen des sonnigen Südens oder der milden Golfstromgebiete ein Wettbewerber entgegentritt, so kann alle Tüchtigkeit, auch das höchste Bildungsniveau des landwirtschaftlichen Betriebsleiters diese Naturbedingungen nicht überwinden.

Wenn die Liberalisierung des europäischen Handels aus politischen und wirtschaftlichen Gründen für die Zukunft unseres Kontinents auch bejaht werden muß, so darf gerade im Interesse der gesamten europäischen Wirtschaft nicht vergessen werden, daß alte Kulturen nicht vernichtet werden dürfen zugunsten einer schematischen Arbeitsteilung, deren Vorteile bei Opferung ganzer Betriebszweige nicht im Verhältnis stehen zu ihren wirtschaftlichen und sozialen Gefahren.

A IV 4 a Allgemeines

Bekämpfung des Kartoffelkäfers

Eine Gruppe von CSU-Abgeordneten hat im Bundestag eine Anfrage eingebracht, in der die Bundesregierung gefragt wird, welche Maßnahmen von den einzelnen Ländern zur Bekämpfung des Kartoffelkäfers getroffen wurden und was zur Verstärkung der Abwehr dieses Käfers noch getan werden kann und in Aussicht genommen ist. Im besonderen richten die Abgeordneten an die Bundesregierung die Frage, ob sie bereit ist, den Raiffeisengenossenschaften verbilligte Kredite zu verschaffen, damit diesen die Abwehrmittel für die einzelnen Landgemeinden zum genossenschaftlichen Gemeinschaftseinsatz zur Verfügung gestellt werden können.

A IV 4 c Produktion

Gegen eine Brotpreiserhöhung

Die Bundestagsfraktion der CDU/CSU wurde am 22. Juni von Bundesernährungsminister Niklas über den Stand der Subventionsfrage unterrichtet. Niklas sprach sich dabei für eine beschränkte Aufrechterhaltung der Subventionen aus, wie sie auch von den Agrarausschüssen des Bundestages und des Bundesrates befürwortet wird. Die Mehrheit der Fraktionsmitglieder war der Meinung, daß die Entwicklung der Subventionsfrage in keinem Falle den Brotpreis beeinflussen dürfe. Sie neigt vielmehr zu der Auffassung, daß eine Erhöhung des Brotgetreidepreises, die bei Weizen notwendig erachtet wird, innerhalb der Mahl- und Backspannen ausgeglichen werden kann.

A IV 1 Bauernverbände

Entstehung und Organisation des „Gesamtdeutschen Arbeitskreises“

Unsere Veröffentlichung über den „Gesamtdeutschen Arbeitskreis“ der deutschen Land- und Forstwirtschaft in Nr. 48 vom 23. Juni 1950 hat, wie aus zahlreichen Anfragen und Zuschriften hervorgeht, stärkste Beachtung gefunden. Vielfach ist dabei der Wunsch geäußert worden, die „Union in Deutschland“ möchte nähere Einzelheiten über Entstehung und Organisation dieses von der SED inspirierten „Arbeitskreises“ mitteilen. Wir kommen diesem Wunsch bereitwilligst nach, weil wir der Überzeugung sind, daß nur eine genaue Kenntnis aller Zusammenhänge es den Parteifreunden, vor allem in den agrarpolitischen Ausschüssen, ermöglicht, in ihren Kreisen aufklärend zu wirken. Wir bemerken noch, daß den folgenden Angaben offizielle Verlautbarungen des „Arbeitskreises“ zugrunde liegen, an deren Zuverlässigkeit somit nicht zu zweifeln ist.

1. Nach vorausgegangenem Briefwechsel fand im Januar in Bonn eine Besprechung von Vertretern der ostzonalen Landwirtschaft mit Vertretern des Zentralausschusses der westdeutschen Landwirtschaft statt. Die von Dr. Hermes geleitete westdeutsche Delegation lehnte die Herausgabe eines Pressecommuniqués und die Namensnennung der Beteiligten ab. Die offiziellen Vertreter der westdeutschen Landwirtschaft haben sich somit von Anfang an von den sowjetzonalen Bestrebungen klar distanziert.
2. Unter Zuhilfenahme westdeutscher Land- und Forstwirtschaftler gründeten die Vertreter der Ostzone im Januar auf einer Tagung in Schierke (Harz), an der angeblich 47 westdeutsche Vertreter teilnahmen, und auf der Dr. Netschert-München das Schlußwort sprach, einen „Gesamtdeutschen Arbeitskreis“. Dem Präsidium einer geplanten „Gesamtdeutschen Beratung“ gehörten vom Westen an: Dr. Josef Rossaint, Düsseldorf (früher Bund religiöser Sozialisten), Prof. Dr. Reinau, Lörrach (der die Frankfurter Tagung mit einer Werbeansprache eröffnete und beschloß), Dipl.-Landwirt Otto von Tschirschky, Imshausen (Hessen) und Prof. Dr. Lowig, Reutlingen.
3. An der zweiten Sitzung des Arbeitskreises in Hannover nahm auch Minister Dr. Gereke teil, der es in seiner Ansprache als die „Aufgabe von mutigen Männern“ bezeichnete, „trotz aller politischen Schwierigkeiten zusammenzukommen“. Es wurde beschlossen, vom 18. bis 20. Mai in Eisenach eine Tagung der gesamtdeutschen Land- und Forstwirtschaft durchzuführen.
4. Laut offiziellem Bericht nahmen an der Eisenacher Tagung 430 westdeutsche Teilnehmer teil. Der Präsident der deutschen Landwirtschaftsgesellschaft in Frankfurt, Minister a. D. Lorberg, und der durch Krankheit am Erscheinen verhinderte Landwirtschaftsminister Dr. Gereke, hatten Wunschadressen geschickt.
5. In Eisenach verlas Prof. Dr. Reinau-Lörrach die Vorschläge der Mitglieder des Arbeitskreises. U. a. wurden folgende westdeutsche Vertreter gewählt: Dr. Buddenböhmer, Kiel, Dr. habil. W. Christaller, Jugenheim (Bergstraße), Prof. Dr. Ehrenberg (München-Freising), Landwirtschaftsrat J. Heeb, Obersaulheim (Alzey), Obst- und Beerenzüchter Anton Kramer, Gaimersheim bei Ingolstadt, Landwirt A. v. Oldenburg, Busenwurth (Schleswig-Holstein), Dr. J. Rossaint, Düsseldorf, Prof. Dr. Reinau,

Lörrach-Baden, Erwin Renner, Vorsitzender des nordwestdeutschen Pächter- und Siedlerverbandes, Osnabrück, Dr. Schröder, Etzdorf, Dipl.-Landwirt Otto von Tschirschky, Imshausen, Prof. Dr. Wittich, Hann.-Münden.

- In Abwesenheit wurden für die Zuwahl vorgeschlagen und akzeptiert Minister Dr. Gereke, Bauer Claus Hein (Schleswig-Holstein) und Oekonomierat Otto Vielhauer. Auf der Frankfurter Tagung wurde der aus je 40 Vertretern der West- und Ostzone bestehende Arbeitskreis um je 10 Personen erweitert. Hierfür wurden vom Bundesgebiet u. a. genannt: Birkheim, Präsident des deutschen Imker-Bundes, Dr. Giesbert, Stuttgart, Franz Puille, Vorsitzender der bayerischen Lenkungs- und Absatzgenossenschaften, Dr. Baumgartner, Frankfurt, Miller, Eltville der seine Zusage von der Genehmigung des nordrhein-westfälischen Kultusministeriums abhängig machte), Prof. Dr. Martiné, Göttingen und Prof. Lindemann, Heidelberg.
6. Der Arbeitskreis plant die Herausgabe einer Monatszeitschrift, die in Berlin-Ost gedruckt werden soll. Die Finanzierung erfolgt mit Geldern der SED, die auch die Herausgabe von Werbematerial in Massenaufgaben ermöglicht. Die Besetzung der westdeutschen Redaktion soll im Benehmen mit Dr. Gereke erfolgen. Auf der Frankfurter Tagung wurde auf Vorschlag von Prof. Skibbe, Leipzig, bei einer Abstimmungsbeteiligung von etwa 40 % gegen zwei Stimmen beschlossen, das Berliner Sekretariat zu beauftragen, zur Vorbereitung für die Herausgabe der Zeitschrift „geeignete Persönlichkeiten“ zu einem Redaktionskomitee zusammenzuführen.

Das Sekretariat des Gesamtdeutschen Arbeitskreises befindet sich in Berlin W 8, Kronenstr. 73. Generalsekretär ist Professor Dr. Mitscherlich, dessen Sekretär Harri Schmelzer, der sich an den Frankfurter Verhandlungen führend beteiligte. Die westdeutsche Organisation sieht folgende Gliederung vor:

- Bayern: Diplomlandwirt Dr. Schmidt, Stegen/Ammersee.
 Württemberg-Baden: Gärtnereibesitzer Rudolf Kärscher, Waiblingen b. Stuttgart, Sonnenstr. 6.
 Südbaden: Professor Dr. Erich H. Rainau, Lörrach/Rhein, Baseler Str. 126; Bauer Baptist Krazer, Zoznegg b. Stockach.
 Rheinland-Pfalz: Agrarschriftsteller und Pflanzenforscher Gustav Menges, Gleisweiler b. Landau.
 Nordrhein-Westfalen: Landwirtschaftslehrer a. D. Dr. Erdmann Kretschmer, Halle/Westfalen, Oldendorf 94; Leo Krämer, Hochneukirch Kr. Grevenbroich, Bahnhofstr. 42.
 Niedersachsen: Georg Arndt, Landwirt, MdL, Woltershausen Nr. 93, Krs. Ahlfeld a. d. Leine; Karl Stehmeyer, Oldenburg i. Oldenburg, Schulweg 30.
 Schleswig-Holstein: Dr. Günther Wiedemann, Glücksburg/Ostsee; Bauer Klaus Heim, St. Annen-Osterfeld, Post Eiderstedt.
 Hessen: Diplomlandwirt Otto von Tschiersky, Imshausen bei Bebra; Gärtnereibesitzer Berthold Jakobs, Kleinkrotzenburg Kr. Offenbach, Hauptstr. 6.

A IV 6 a Allgemeines

SPD-Personalpolitik in Reinkultur

Nächst der Polizei sind die Arbeitsverwaltungen seit 1945 eine Domäne der sozialistischen Personalpolitik. Daß diese Domänen dort besonders gehütet werden, wo Sozialdemokraten an der Spitze des Landesarbeitsministeriums stehen ist nicht weiter verwunderlich. Vielleicht erklärt sich aber so am ehesten, daß mit einer einzigen Ausnahme sämtliche Landesarbeitsamtspräsidenten von der SPD gestellt werden. Die CDU stellt demgegenüber einen einzigen dieser Präsidenten. Noch krasser ist das Mißverhältnis in den unteren Arbeitsbehörden. Hier wird seit langem eine SPD-Personalpolitik in Reinkultur betrieben. Wie diese Politik aussieht lehrt uns ein Schreiben, das der Leiter des Düsseldorfer Arbeitsamtes, Regierungsdirektor Adolphi, unlängst an seine

Parteifreunde richtete. Es ist in seiner Art so aufschlußreich, daß wir es in vollem Umfang dem „Rundbrief der Kommunalpolitischen Vereinigung der CDU für das Land Nordrhein-Westfalen“ entnehmen:

„Regierungsdirektor“ Adolphi
 Vorsitzender des Arbeitsamtes Düsseldorf

Düsseldorf, den 19. 4. 1950

Werte Parteifreunde und Amtskollegen!

Als Anlage übersende ich ein Verzeichnis der sozialdemokratischen Vorsitzenden der Arbeitsämter in 5 Landesarbeitsamtsbezirken nach dem Stand vom 15. 4. 1950. Es wird angestrebt, auch die Adressen der 5 Vorsitzenden aus den noch ausstehenden Landesarbeitsamts-

bezirken zu erhalten. Ich nehme an, daß dieses Adressenmaterial außerordentlich interessiert und gegebenenfalls auch sehr wertvoll sein kann.

Ferner füge ich ein Verzeichnis der Vorsitzenden der Arbeitsämter des Landesarbeitsamtes Nordrhein-Westfalen bei. Dieses geschieht in Nachfolge der Beratungen in Herne am 23. 3. 1950. Der DGB hatte im Zusammenhang mit den Beratungsthemen in Herne gebeten, die gewerkschaftliche Zugehörigkeit der Arbeitsamtsvorsitzenden zu ermitteln, um zu einer gemeinsamen Sitzung einzuladen. Sehr interessant an der Aufstellung ist, daß neben den Nichtakademikervorsitzenden der Arbeitsämter Köln, Wesel und Geldern nur ein einziger Akademiker (Dr. Birnbach, M.-Gladbach) gewerkschaftlich organisiert ist. Ich habe diese Aufstellung mit entsprechenden Begleitschreiben der Bezirksleitung des DGB (Hansen/Brisch) zugestellt.

Der Genosse Riechmann, AA. Minden, sucht einen sozialdemokratisch organisierten Berufsberater. Die Stelle ist nach TOA V dotiert. Meine Bemühungen im näheren Umkreis haben keinen geeigneten Bewerber aufreiben können. Unter besonderer Beachtung der Vertraulichkeit dieser Angelegenheit bitte ich, in den Aemtern dieserhalb Nachfrage zu halten und eventuelle nähere Angaben dem Genossen Riechmann unmittelbar zukommen zu lassen.

Ferner bitte ich, unter Hinweis auf den Herner Beschluß die nachwuchsfähigen und besonders förderungs-

würdigen Genossen in den Aemtern festzustellen. Es ist erwünscht, daß von diesen Genossen eine kurze Lebenslauf-Darstellung mit Beurteilung charakterlicher und persönlicher Art erstellt wird.

Wie in Herne beschlossen, ist beabsichtigt, diese Unterlagen dem DGB (Hansen/Brisch) und dem Genossen Dr. Wehner (Landesarbeitsamt) als Unterlagen für eventuelle Vakanzen zuzuleiten. Mit dem Genossen Hünerhoff (zurzeit Recklinghausen) habe ich vereinbart, daß die westfälischen Freunde diese Unterlagen an Herrn Hünerhoff und die rheinischen Kollegen an mich unter „Persönlich“ zuleiten.

Mit kollegialem Gruß
und parteigenössischem Handschlag
gez. Adolph.

Auch wenn der „parteigenössische Handschlag“ unter dem Schreiben gefehlt hätte — sein Inhalt spricht Bände! Hier haben wir den eklatanten Beweis dafür, wie die SPD Personalpolitik im Lande Nordrhein-Westfalen macht und gemacht hat. Allenfalls wäre einzuräumen, daß Innenminister Dr. Menzel u. a. geschickter ist als Regierungsdirektor Adolph, aber der rote Faden, der systematisch durch die ganze öffentliche Stellenbesetzung gezogen ist, läßt sich nicht übersehen.

C a Arbeitsgemeinschaft

Konferenz der Landesvorsitzenden am 3. Juli

Die für den 25. bzw. 26. Juni anberaumte Konferenz des Vorbereitenden Ausschusses der CDU/CSU Deutschlands sowie der Landesverbandsvorsitzenden wurde nunmehr auf den 3. Juli festgesetzt. Der Vorbereitende Ausschuss beginnt seine Arbeiten um 9 Uhr, die Konferenz der Landesvorsitzenden ist für 14 Uhr einberufen worden. Dem Vorbereitenden Ausschuss gehören an: 1. Oberbürgermeister Ernst Bach, Siegen/Westf., 2. Anton Hilbert, Untereggingen/Baden, 3. Dr. Friedrich Holzappel, Herford/Westf., 4. Dr. Walther Schreiber, Berlin, 5. Dr. Rudolf Vogel, Aalen/Wttbg., 6. Dr. Helene Weber, Essen-West, 7. Dr. Alois Zimmer, Montabaur, 8. Franz Josef Strauß, Schongau/Oberbayern, 9. Karl-Sigmund Mayr, Fürth/Bayern, 10. Otto Weinkamm, Augsburg, Schätzerstraße 4, 11. Verwaltungsdirektor Lünendock, Frankfurt am Main.

A V f Nordrhein-Westfalen

Koalitionsbesprechungen in Nordrhein-Westfalen

Die Landesvorstände der CDU von Nordrhein-Westfalen besprachen am 22. Juni im Bundeskanzleramt unter dem Vorsitz des Oberpräsidenten a. D. Gronowski vom Landesvorstand der CDU Westfalen die Lage, die sich durch das Ergebnis der Landtagswahl in Nordrhein-Westfalen ergeben hat. An der Besprechung nahmen u. a. Bundeskanzler Dr. Adenauer, Ministerpräsident Arnold und andere Mitglieder des Kabinetts von Nordrhein-Westfalen teil. Beschlüsse wurden nicht gefaßt. Die Verhandlungen werden fortgesetzt, wenn sich die neue Landtagsfraktion der CDU konstituiert hat.

A II e 2 Bundeskanzler

Die richtige Antwort

Wegen Beleidigung des Bundeskanzlers hat die große Strafkammer des Landgerichts Rottweil den Redakteur Wolfgang Gutmann von der in Schwenningen im Schwarzwald immer noch erscheinenden KPD-Zeitung „Unsere Stimme“ zu einer Geldstrafe von 1200 DM, ersatzweise drei Monaten Gefängnis, verurteilt. Das Gericht betonte in der Urteilsbegründung, daß zwar das Recht auf Kritik beachtet werde, daß aber zwischen sachlicher Kritik und persönlicher Verunglimpfung ein erheblicher Unterschied bestehe. Ausdrücke wie „Verräter“ und „kein Deutscher mehr“ seien handfeste Beleidigungen und Ehrverletzungen, mit denen der Angeklagte den Rahmen der sachlichen Kritik überschritten habe.

A V h Schleswig-Holstein

Emmy Lüthje wiedergewählt

Frau Emmy Lüthje, Kiel, die für die kommenden Landtagswahlen als Kandidatin der CDU im Wahlkreis Kiel-Mitte aufgestellt ist, wurde am 22. Juni in Herford erneut zur Ersten Vorsitzenden des Deutschen Hausfrauen-Bundes gewählt.

C b Landesparteien

Parteitag der Hamburger CDU

Der erste Parteitag der Hamburger CDU, der am 24. Juni eröffnet wurde, nahm einen eindrucksvollen Verlauf. MdB Bucerius wies in seiner Eröffnungsansprache auf die Stellung der CDU als politischer Faktor im Leben Hamburgs hin. Arbeitsminister Storch und Wirtschaftsminister Erhard sprachen zu arbeits- und wirtschaftspolitischen Problemen der Gegenwart. Minister Storch lehnte jede kollektivistische Lösung des Mitbestimmungsrechtes ab. Professor Erhard bezeichnete das von der SPD auf ihrem Hamburger Parteitag entworfene Wirtschaftsprogramm als eine „drastische Bankrottansage“. — Wir kommen auf den Verlauf des Parteitages noch in einem ausführlichen Bericht zurück.

A IV 1 d Kirchen

Politiker im Gespräch mit der Kirche

In der ev. Akademie Hermannsburg trafen am 18./19. Juni Männer der Kirche, darunter auch der Bevollmächtigte der ev. Kirche in Deutschland am Bundessitz, Superintendent Hermann Kunst, mit einem Kreis evangelischer Politiker und Bundestags- und Landtagsabgeordneter der CDU, SPD, FDP und DP, unter ihnen Bundesinnenminister Dr. Heinemann, zusammen. Dieses Gespräch erwuchs einmal aus dem Wunsch evangelischer Politiker, sich über die grundsätzlichen religiösen Fragen, die sie bei ihrer Arbeit bewegen, gemeinsam und mit Männern der Kirche auszusprechen. Zum anderen wurde damit ein Anliegen der Kirche aufgenommen, den Rat von evangelischen Persönlichkeiten einzuholen, die im politischen Leben stehen.

A V d Hessen

Volksabstimmung in Hessen

Das hessische Kabinett hat zu der am 9. Juli stattfindenden Volksabstimmung über die Aenderung der Wahlartikel der hessischen Verfassung einen Aufruf an die Bevölkerung erlassen, in dem es heißt, jeder Einzelne müsse noch größeren Einfluß auf Parlament und Regierung erhalten. Nur eine Verbindung von Persönlichkeitswahl und Verhältniswahl, wie sie von den Regierungsparteien des Landes vorgesehen sei, führe zu einer engeren Beziehung zwischen Wählern und Abgeordneten und schaffe die Voraussetzungen für eine Aktivierung des politischen Lebens.

A III i DRP

Strafantrag gegen Dr. Richter

Der Bundestag entschied sich am 23. Juni gegen die Stimmen der DP und DRP für die Aufhebung der Immunität des DRP-Abg. Dr. Franz Richter. Richter selbst stimmte für Aufhebung seiner Immunität. Dem Antrag lagen Strafanträge von vier niedersächsischen Ministern bei der Staatsanwaltschaft Hildesheim zugrunde. Dr. Richter gab zu, dem niedersächsischen Kultusminister Verdummungspolitik und dem niedersächsischen Flüchtlingsminister vorgeworfen zu haben, er habe sich wochenlang nicht um die Vertriebenen gekümmert und sie in Erdlöchern hausen lassen. Weiter habe er auch erklärt, daß die Entnazifizierung völkerrechtswidrig sei.

C c Ausschüsse**Sozialausschuß Pfalz protestiert gegen vom Hoff**

In seiner letzten Sitzung nahm der Sozialausschuß der CDU Pfalz zur Rede des Vorstandsmitgliedes des Deutschen Gewerkschaftsbundes (DGB), Hans vom Hoff, Stellung, der auf dem Hamburger Parteitag der SPD u. a. erklärte, daß die Uebereinstimmung der gewerkschaftlichen Forderungen mit dem Willen und der Tradition der SPD auch die Arbeiterschaft zu politischen Konsequenzen führen müsse. Alle Gewerkschaftsmitglieder würden daher mit großer Aufmerksamkeit, so sagte er, das Ergebnis dieses Parteitages der SPD verfolgen. Der Sozialausschuß faßte folgende Entschließung:

„Vom Hoff dürfte es nicht unbekannt geblieben sein, daß im DGB neben den sozialistischen auch zahlreiche christliche Arbeitnehmer organisiert sind und mitarbeiten. Will vom Hoff auch diese Mitglieder des DGB für die SPD reklamieren? Wie vereinbaren sich dann die Worte vom Hoff mit der proklamierten, parteipolitischen Neutralität des DGB? Vom Hoff scheint sich nicht darüber klar zu sein, daß seine Äußerungen zu Konsequenzen führen, die auf eine Sprengung der „Einheitsgewerkschaft“ hinauslaufen könnten. Die im Sozialausschuß der CDU Pfalz vereinigten Mitglieder des DGB sind nicht gesonnen, die flagrante Verletzung der parteipolitischen Neutralität vom Hoff widerspruchslos hinzunehmen. Sie erwarten, daß der Vorstand des DGB zu den Äußerungen vom Hoff öffentlich Stellung nimmt und davon abrückt.“

Für die sozial interessierten Kreise der christlichen Arbeitnehmerschaft wurde auf der Tagung die Herausgabe eines Informationsblattes beschlossen. Zum Flüchtlingsproblem nahm Parteisekretär Krull, der selbst ein Flüchtling ist, Stellung. Er wandte sich entschieden gegen jede Versuche, die Not der Flüchtlinge für parteipolitische Zwecke auszuwerten. Damit, so erklärte er, sei den Flüchtlingen nicht gedient. Die CDU ist bereit, an der Aufgabe, den Flüchtlingen eine neue Heimat zu schaffen und ihnen Lebensmöglichkeiten zu geben, aktiv mitzuarbeiten, unter Hinterrückstellung aller parteipolitischen Interessen.

A V m Länderneugliederung**Werbung für den Südweststaat**

Die Arbeitsgemeinschaft für die Vereinigung von Baden und Württemberg hat in Stuttgart eine Geschäftsstelle für Nordwürttemberg eingerichtet. Dem Hauptausschuß gehören außer Ministerpräsident Dr. Reinhold Maier, dem CDU-Abg. Haering und württembergischen Landtagsabgeordneten der FDP und SPD auch der Vorsitzende des Landesverbandes der CDU Nordwürttemberg, Wilhelm Simpfendorfer, an. Mit der Führung der Geschäfte wurde der Landesgeschäftsführer der CDU, Dr. Höhnle, beauftragt.

A V d Hessen**Carlebachs Immunität aufgehoben**

Der hessische Landtag beschloß am 20. Juni, dem Ersuchen des Frankfurter Oberstaatsanwalts zu entsprechen und die Immunität des kommunistischen Abgeordneten Emil Carlebach aufzuheben. Die hessische Landesregierung und die Minister Dr. Hilpert und Wagner hatten gegen Carlebach ein Strafverfahren wegen übler Nachrede und Verleumdung beantragt (vgl. Nr. 47 vom 21. Juni 1950).

A VI Sowjetische Zone**Grober Unfug**

Auf Anweisung der sächsischen SED wurden in verschiedenen Städten und Landgemeinden Sachsens sogenannte Protestkundgebungen veranstaltet, die sich gegen die Pfarrer richten, die es abgelehnt hatten, ihren Namen unter die Listen der sogenannten Friedenskämpfer zu setzen. Die Bevölkerung der Sowjetzone wurde gezwungen, diese Listen zu unterschreiben. Selbst die Insassen von Nervenheilanstalten und von Säuglingen mußten auf Veranlassung der SED in die kommunistischen Listen aufgenommen werden. Die Ostpresse verkündet, daß „bisher“ 17,04 Millionen Unterschriften in der Sowjetzone gesammelt worden seien. Die sowjetischen Behörden stört es nicht im geringsten, daß diese Zahl fast genau der gesamten Bevölkerungsziffer entspricht.

A V h Schleswig-Holstein**Schulprogramm des Wahlblocks**

Der Deutsche Wahlblock der Landesverbände der CDU, DP und FDP in Schleswig-Holstein veröffentlichte ein Schulprogramm, das unter Mitwirkung der Eltern- und Lehrerschaften, der Kirchen, der Kieler Universität und kulturellen Organisationen des Landes aufgestellt worden ist. Es bietet nach Ansicht des Wahlblocks die Grundlage für die Schulpolitik, die von diesen Parteien im Falle eines Wahlsieges befolgt werden soll. Das Programm lehnt eine schematische Einheitlichkeit ab und sieht private Schulen vor. Der Wahlblock schlägt vor, daß vom 1. April 1951 an in Schleswig-Holstein die vier- und sechsjährige Grundschule eingeführt und die Entscheidung den Erziehungsberechtigten überlassen wird. Bis zu dem erstrebenswerten Fernziel der Schulgeld- und Lernmittelfreiheit soll für die weiterführenden Schulen ein gestaffeltes Schulgeld mit einer nach dem Einkommen festzusetzenden Freigrenze erhoben werden. Das Schulgeld soll steuerabzugsfähig sein. Das Programm spricht sich ferner für die christliche Gemeinschaftsschule aus, in der Religion — nach Konfessionen getrennt — ordentliches Lehrfach ist.

C d Junge Union**JU zu Niemöllers Reden**

In einer öffentlichen Versammlung nahmen der Landesleiter der hessischen JU, MdB Willy Massoth und K. W. Buchenau vom hessischen JU-Landesvorstand zu den Äußerungen des hessischen Kirchenpräsidenten Niemöller in Mannheim und Düsseldorf Stellung. Buchenau, seit Jahren Sprecher der hessischen JU in evangelischen Kirchenfragen und selbst Sohn eines evangelischen Geistlichen, kam zu dem Ergebnis: Der Christ ist berufen, seinen Glauben zu bekennen und den Grundsätzen dieses Glaubens entsprechend auch in der Öffentlichkeit zu handeln. Dazu gehört auch der Widerstand gegen jeden atheistischen oder nichtchristlichen Einfluß. Ein Ueberrollenlassen durch den Bolschewismus vernachlässige sowohl den christlichen Missionsauftrag wie auch das Wachen über ein christliches Leben in der Öffentlichkeit. Buchenau forderte von Präsident Niemöller eine Klarstellung seiner Ausführungen, da er sonst das Recht verwirkt habe, an leitender Stelle der evangelischen Kirche zu stehen.

C d Junge Union**Arbeitsgemeinschaft demokratischer Parteijugend**

Die Jungdemokraten, Jungsozialisten und die Junge Union der beiden württembergischen Landesverbände der CDU haben am 15. Juni eine Arbeitsgemeinschaft gebildet, um die Jugend mehr als bisher für ihre Rechte und Pflichten als Bürger im demokratischen Staat zu interessieren. Sie sehen ihre Aufgabe darin, alle die Jugend berührenden Fragen gemeinsam zu behandeln und zu vertreten.

Liebe Freunde und Leser!

Die Jahresmitte ist erreicht und inzwischen sind Ihnen in der üblichen, einheitlichen Form die

Bezugsgeldrechnungen für das III. Quartal (Juli—Sept.) 1950 zugegangen.

In Fällen in denen sich Rechnungsausgang und Zahlungseingang überschneiden, genügt es, wenn sie den evtl. erforderlichen Restbetrag ohne besondere Erklärung einsenden.

Wir sind erfreut feststellen zu können, daß die Mehrzahl der Leser die Bezugsgebühren für das volle Vierteljahr in einem Betrag abgedeckt und uns somit unsere Dispositionen erleichtern.

Selbstverständlich können Leser, die dazu nicht in der Lage sind, auch weiterhin in monatlichen Teilbeträgen (DM: 163 bei Posteinweisung oder DM: 1.70 bei Kreuzbandzustellung), im voraus zahlen.

Bitte vergessen Sie nicht — um Fehlbuchungen zu vermeiden — unsere Zahlkarten zu benutzen oder bei der Ueberweisung stets die Rechnungsnummer anzugeben. —

Mit freundlichen Grüßen!

Verlag „UNION IN DEUTSCHLAND“